

akzept e.V. Südwestkorso 14 12161 Berlin

Einladung zur Pressekonferenz

4. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2017 erscheint am 30. Mai

Wissenschaftlich-fundierte, jugend- und verbraucherschutz-orientierte Antworten auf aktuelle Herausforderungen der Drogenpolitik der Bundesregierung

PK am 30.05., 11 Uhr, Haus der Bundespressekonferenz Berlin

Bitte in Terminübersichten aufnehmen

Die vierte Ausgabe des Alternativen Drogen- und Suchtberichts diskutiert auch dieses Jahr den Reformstau in vielen Bereichen von Drogenhilfe, -prävention und -recht, sowohl im Hinblick auf legale als auch auf illegale Drogen.

Weil es keine Evaluation der deutschen Drogenpolitik gibt, stellen wir zusammen mit Expert_innen eine Gegenöffentlichkeit her, die der/dem Drogenbeauftragten das Monopol nimmt, einmal im Jahr den Deutschen die (ihre) Wahrheit über das "Drogenproblem" zu präsentieren.

Wir laden Sie herzlich ein zur

Pressekonferenz am 30.05. um 11 Uhr im Haus der Bundespressekonferenz

Schiffbauerdamm 40/Ecke Reinhardtstraße 55, 10117 Berlin-Mitte

Raum III (Eingang Schiffbauerdamm 40)

Ihre Gesprächspartner:

- Prof. Dr. Heino Stöver (Vorstandsvorsitzender von akzept e.V. und geschäftsführender Direktor des Institut für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences):
Das Mögliche so nah! – Lernen aus wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen: Grundlagen für eine innovative Drogenpolitik
- Dr. Bernd Werse (Vorstandsmitglied der European Society for Social Drug Research, Goethe-Universität Frankfurt):
Strafrecht für Kiffer, Werbung für Kippen – Paradoxien der gegenwärtigen deutschen Drogenpolitik
- Urs Köthner (Sozialarbeiter, Sozial-/Suchttherapeut, Geschäftsführer ‚Freiraum Hamburg e.V.‘)
... Ein „Weiter so“ darf es in der Drogenpolitik & Drogenhilfe nicht geben...
- Dr. Harald Terpe MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (angefragt))

Weitere Informationen und Anmeldung:

Christine Kluge Haberkorn akzept e.V., Tel. (030) 827 06 946, akzeptbuero@yahoo.de

und Prof. Dr. Heino Stöver, Tel. 069-1533 2823, mobil 0162 1334533

<http://alternativer-drogenbericht.de/> <http://www.akzept.org>

Anlagen: Presseinformation, Inhaltsverzeichnis ADSB 2017, Kurzdarstellung akzept e.V.

Pressemitteilung zum 4. Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2017

Berlin, 30.05.2017

Die vierte Ausgabe **des Alternativen Drogen- und Suchtberichts** diskutiert auch dieses Jahr den Reformstau in vielen Bereichen von Drogenhilfe, -prävention und -recht, sowohl im Hinblick auf legale als auch auf illegale Drogen und bietet Lösungen an. Zusätzlich geht es um Querschnittsthemen, in denen die Folgen einer repressiv-orientierten Drogenpolitik sich auch massiv niederschlagen: Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit, Strafvollzug und Prostitution.

Die deutsche Drogenpolitik bleibt auch im laufenden Jahr eine ausgesprochen widersprüchliche Angelegenheit:

sie wird parteipolitisch eng (über die Drogenbeauftragte der Bundesregierung; gegenwärtig MdB/CSU) geführt, sie ist selektiv in ihrer Schwerpunktwahl, evidenzbasierte Vorschläge von (inter-)nationalen Expert_innen werden nur zu einem geringen Teil umgesetzt (z.B. effektive Alkohol- und Tabakprävention) und sie diskutiert die Folgen der Repression gegenüber Drogenkonsument_innen nicht:

- Während mittlerweile auch konservative Politiker_innen nicht müde werden zu betonen, dass Drogenkonsumierende nicht kriminalisiert werden sollen, steigt gleichzeitig das Ausmaß der polizeilichen Repression immer weiter an (siehe Cousto/Stöver u.a.).
- Während also die Kriminalisierung von Konsument_innen illegaler Drogen weiter zunimmt, wird über sinnvolle Maßnahmen zur Verhältnisprävention bei Alkohol (Steuern, Verkaufsbeschränkungen, Werbeverbote) nicht einmal nachgedacht. An der politisch gewollten Verharmlosung dieser ‚Volksdroge‘, die jährlich zigtausende Tote fordert, ändert sich also nichts.
- Während man im gesamten Rest der EU längst so weit ist, Tabak-Außenwerbung zu verbieten, weigern sich Verantwortliche in der Politik, dieses Verbot – eine nachgewiesenermaßen wirkungsvolle Präventionsmaßnahme – auch in Deutschland durchzusetzen (siehe Eichhorn, Jazbinsek u.a.).
- Während man in diversen deutschen Städten seit langem gut bewährte Maßnahmen zur Schadensminimierung bei Abhängigen „harter Drogen“ durchgesetzt hat, bewegt sich in manchen Bundesländern – denjenigen mit besonders stark ansteigenden Drogentotenzahlen – in dieser Richtung weiterhin gar nichts (siehe Köthner).

Im Namen der Prohibition werden international massiv Menschenrechte verletzt und auch national sind Menschenrechtsverletzungen keine Einzelfälle. Dies gilt insbesondere für inhaftierte Drogenabhängige in einigen Bundesländern (siehe Knorr und Stöver/Knorr/Schäffler).

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass der Alternative Drogen- und Suchtbericht auch im vierten Jahr seines Bestehens einen dringend notwendigen Beitrag zur Meinungsbildung und Information über dieses gesamtgesellschaftlich relevante Thema darstellt.

Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist leider nie evaluiert worden – eine nötige Maßnahme um Umsteuerungen vornehmen zu können. Die Kernfrage wäre: Erreicht diese Drogenpolitik eigentlich das, was sie will? Oder erreicht sie die Ziele nicht; schafft sie womöglich sogar neue Probleme?

Bereits der Versuch, diese Fragen zu klären – z.B. in Folge der entsprechenden Resolution der

Strafrechtsprofessor_innen 2013 – scheitert an der parlamentarischen Mehrheit.

Schwerpunktt Themen der 4. Ausgabe des ADSB sind:

Menschenrechte – international und national

Strafverfolgung und Haft – Ersatzfreiheitsstrafe, Gesundheitsversorgung

Repression... und kein Ende?

Tabak- und Alkoholpolitik – der Wirtschaft überlassen?

Realitätsnahe Prävention – Scheitern an Verboten?

Die Herausgeber des 4. Alternativen Drogen- und Suchtberichts fordern:

- dass Deutschland sich endlich anderen EU-Staaten anschließt und die Außenwerbung für Tabak und Alkohol verbietet,
- dass endlich auch ernsthaft über sinnvolle, ebenfalls in vielen anderen Ländern bereits längst umgesetzte Maßnahmen der Verhältnisprävention für Alkohol – etwa Steuererhöhungen, Verbraucherschutz – diskutiert wird,
- dass endlich Konsument_innen illegaler Drogen komplett entkriminalisiert werden – eine Maßnahme, mit denen bislang alle Länder, die sie eingeführt haben, ausgesprochen positive Erfahrungen gemacht haben, und die 80% der „Rauschgiftkriminalität“ reduzieren.

Michael Kleim, ev. Theologe:

Das Drogenverbot verteidigt weder Gesundheits- noch Jugendschutz, sondern vertritt eine prinzipiell abwertende Ideologie gegenüber bestimmten, willkürlich festgelegten Formen des Drogengebrauchs. Ich möchte hier, in Entsprechung anderer gesellschaftlicher Phänomene, von Drogenphobie sprechen.

Prof. (i.R.) Dr. Johannes Feest:

Das Prinzip der Ersatzfreiheitsstrafe wird seit vielen Jahre in Frage gestellt:

Schon 1990 hat der Strafrechtsprofessor und Verfassungsrichter Wilfried Hassemer (1990) darin eine „Bankrotterklärung des Geldstrafensystems“ gesehen. Im Laufe der Jahrzehnte hat es mehrere Versuche bzw. Vorschläge gegeben, die negativen Konsequenzen des deutschen Systems zu korrigieren. Mit der Begründung „Die Ersatzfreiheitsstrafe sei das „Rückgrat der Geldstrafe“ (Tröndle 1972, seither immer wieder wiederholt, zuletzt etwa Häger 2007) wurde bisher eine Umsetzung der Veränderungsvorschläge blockiert.

Prof. Dr. jur. Dipl.-Psych. Lorenz Boellinger

Es erscheint mir notwendig bewusst zu halten, dass es sich bei der Drogenpolitik um einen hochkomplexen Prozess handelt, in welchem wissenschaftlich begründete Tatsachen bewusst ausgeblendet werden oder nur die geringste Rolle spielen. Deshalb werden auch die positiven Erfahrungen relativer Entkriminalisierung von Cannabis in mehreren unserer Nachbarländer systematisch ignoriert und werden nicht einmal die vom Bundesverfassungsgericht 1994 geforderten Maßgaben (z.B. Angleichung der Grenzmenngen) umgesetzt. Allzu funktional ist die repressive Drogenpolitik für vielfältige, sonst divergente, sich jedoch auf dieser Ebene treffende politische Interessen: die generelle Disziplinierung jugendspezifischer oder alternativer Lebensentwürfe, die Effektivierung kriminalistischer Kontroll- und Überwachungsinstrumente

des Staates, die stillschweigende Aushöhlung rechtsstaatlicher Garantien im Strafverfahren, der Schutz bestimmter Industriezweige und vieles mehr.

Hans Cousto, Prof. Dr. Heino Stöver

Die selektive Drogenprohibition bewirkt Stigma und soziale Ausgrenzung.

Noch nie wurden in Deutschland so viele Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) registriert wie im Jahr 2016. Delikte in Bezug auf das BtMG sind in erster Linie reine Kontrolldelikte, das heißt, die Zahl der registrierten Delikte hängt vor allem von der Fahndungsintensität seitens der Polizei ab (Wimber 2016).

Von allen registrierten Delikten im Jahr 2016 in Bezug auf Cannabis entfielen 80,0% auf den Konsum bezogene Delikte. Noch nie war dieser Anteil so hoch, das heißt, noch nie zuvor wurden Cannabiskonsumierende so intensiv von der Polizei verfolgt wie im Jahr 2016. Damit wird deutlich, dass sich der allergrößte Teil der polizeilichen Ressourcen auf Konsumierende, statt auf Handelnde konzentriert, was den ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers diametral entgegengesetzt ist.

Moritz Eichhorn

Jedes Jahr sterben in Deutschland etwa 121.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Achtzig Prozent aller Lungenkrebstodesfälle sind auf das Rauchen zurückzuführen.

Der Bundestag verschleppt das Tabakwerbeverbot. Und die Unternehmen verführen Jugendliche weiter zum Rauchen – vor allem auf Musikfestivals.

Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, sagt: „Wir brauchen dieses Gesetz nicht. Es ist nur ein weiterer Versuch, den Bürger zu bevormunden. Wenn wir Tabakwerbung verbieten, was kommt dann als Nächstes? Das Schnapswerbeverbot? Das Zuckerwerbeverbot?“

Urs Köthner

Eine drogenfreie Gesellschaft hat es nie gegeben und wird es auch nicht geben. Die Akzeptanz dieser Gegebenheiten und die Verabschiedung vom Abstinenzparadigma eröffnen neue Perspektiven und Handlungsoptionen. Denn erst die Einsicht, dass die Legalisierung von Drogen eine vernünftige Regulierung von Drogenmärkten ermöglicht, wird eine effektive Prävention und einen wohl überlegten Verbraucher- und Jugendschutz nach sich ziehen.

Dr. Harald Terpe MdB

Die Bundesregierung unterstützt Entwicklungsprojekte in drogenanbauenden Ländern, die für Landwirt_innen legale Alternativen zum Anbau illegaler Drogen ermöglichen sollen. Die nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation für Drogenanbauende durch derartige Entwicklungsprojekte wird bezweifelt. In zwei Kleinen Anfragen der grünen Bundestagsfraktion wurde die Evidenz der Projekte zur Förderung legaler Anbaualternativen zum illegalen Drogenanbau hinterfragt. Obwohl kaum Daten zu den Projekten vorliegen und der Nutzen zweifelhaft ist, will die Bundesregierung die Entwicklungsprojekte ausbauen.

Für insgesamt 24 lokale und überregionale Entwicklungsprojekte in Asien und Südamerika, die die ländliche Entwicklung fördern und den Drogenanbau reduzieren sollen, ist die Bundesregierung seit 2003 mit rund 52,4 Millionen Euro aufgekommen (Drucksache 18/9434 2016).

4. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2017 – Inhalt:

Vorwort

Bernd Werse, Heino Stöver

Von der Ahnungslosigkeit der Bundesregierung:

Entwicklungsprojekte gegen illegalen Drogenanbau als Imagepolitik

Harald Terpe MdB

Die Zukunft wird rauchfrei. Dank Marlboro. Über Iqos und andere Innovationen

Dietmar Jazbinsek

Der Qualm findet seinen Weg

Moritz Eichhorn

Ersatzfreiheitsstrafe: Ärgernis und Lösungen (mit einem Exkurs über Drogendelikte)

Johannes Feest

Deformierung der Rechtsstaatlichkeit - wie stoppen?

Lorenz Böllinger

Repression und kein Ende?! Eine Würdigung der aktuellen polizeilichen Zahlen zur Kriminalisierung von Drogengebraucher_innen

Hans Cousto, Heino Stöver

Substitutionsbehandlung Opioidabhängiger und Menschenrechte in deutschen Haftanstalten – ein Problemfall!

Heino Stöver, Bärbel Knorr, Florian Schäffler

Gefängnisse – die Übertragung von Infektionen könnte verhindert werden

Bärbel Knorr

Mörderische Nüchternheit – Prohibition und Menschenrechte

Michael Kleim

Nach der BtMVV-Novellierung ist vor der BtMVV-Novellierung. Entwicklung der Substitutionsbehandlung

Rainer Ullmann

Drogentodesfälle steigen seit 4 Jahren kontinuierlich an – Präventionsmöglichkeiten wären vorhanden, wenn man denn nur wollte...

Urs Köthner

Substituierte im Drogenkonsumraum. Ein Jahr Erfahrung aus dem Drogenkonsumraum der Suchthilfe direkt Essen gGmbH

Tobias Fechner

Schluss mit KRIMInalisierung – Drogenmärkte regulieren

Frank Frehse, Urs Köthner

Peer Education in der Psychonauten- und Partydrogenszene

Konsumkompetenz im selbstbestimmten Substanzgebrauch

Markus Berger

Vom Scheitern des Glücksspielstaatsvertrages und Ansätze für einen evidenz-basierten
Spielerschutz – 10 Empfehlungen!

Heino Stöver

„Bier-Bildung“ – Assistenz der Selbstbildung von Jungen zum Thema Alkohol in der Jugendarbeit

Benedikt Sturzenhecker

PsyCare - Krisenintervention im Partysetting. Ein Plädoyer aus der Praxis für Qualitätsstandards

Katharina Tietz, Daniel Völkel

Die Lebenswelt und Bedarfe drogengebrauchender Sexarbeiterinnen

Von der Notwendigkeit frauenspezifischer Schutzräume und den Kollateralschäden des
ProstituiertenSchutzgesetzes

Gudrun Greb, Svenja Korte-Langer

Kurzdarstellung akzept e.V.

akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (www.akzept.org) wurde im Frühjahr 1990 in Bremen gegründet und hat seinen Sitz in Berlin. Es ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Praktikern und Forschern, Professionellen und Betroffenen, Sozialarbeitern Mediziner, Juristen und drogenpolitisch engagierten Personen und Verbänden.

Derzeit sind 55 Einrichtungen und Verbände sowie 140 Einzelpersonen Mitglied bei akzept. Vorstand und Aktive arbeiten ehrenamtlich für akzept.

Akzeptierende Drogenarbeit entstand als eine Gegenbewegung gegenüber bevormundender, ausschließlich abstinenz-orientierter Arbeit mit Abhängigen illegaler Drogen – längst hat sich dieser Ansatz jedoch als Leitmotiv auch in anderen Feldern der Suchtkrankenhilfe durchgesetzt.

Akzeptierende Drogenarbeit fokussiert auf Hilfen und Unterstützungen zur Vermeidung bzw. Reduzierung nicht-beabsichtigter Schäden sowohl für den Konsumenten als auch für die Gesellschaft. „Harm-Reduction“ (Schadensminimierung) hat sich als Begriff dieser praktischen Ausrichtung international durchgesetzt. Auf einer praktisch-methodischen Ebene geht es bei schadensminimierenden Drogenhilfeangeboten darum, möglichst ohne ideologisch/moralisch geprägte Verhaltenserwartungen frühzeitigen Kontakt zu Drogenkonsumenten herzustellen und Unterstützungen anzubieten.

Eine Reihe von Forderungen aus der Gründungszeit sind inzwischen von der Drogenpolitik umgesetzt wie z.B. die Substitutionsbehandlung als ‚state of the art‘, Spritzentausch, der legale Betrieb von Drogenkonsumräumen, die Verschreibungsfähigkeit von Heroin.

Das grundsätzliche drogenpolitische Ziel der Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen, die Forderung nach Veränderung der internationalen Suchtstoffabkommen und der der repressiv orientierten Drogenkontrolle in Deutschland bestehen allerdings weiterhin.

Fachpolitisch geht es weiterhin darum, eine kritische Gegenöffentlichkeit herzustellen, die sektorale Ausrichtung der Drogenhilfe zu überwinden und in der Gesellschaft bereits akzeptierte Maßnahmen der Harm Reduction in noch unterversorgte Settings wie Straf- und Maßregelvollzug, medizinische Rehabilitation etc. zu transportieren (siehe auch www.gesundinhaft.eu).